

Pressemitteilung

Pressemitteilung Verbandsversammlung Regionalverband Großraum Braunschweig vom 11.12.2025

„Blockiert statt transparent: Mehrheit in der Verbandsversammlung lehnt Sicherheit und Transparenz ab“

Regionalverband Großraum Braunschweig – Sicherheitsantrag scheitert an fehlender Mehrheit

Die Partei dieBasis bedauert zutiefst, dass die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig heute (11. Dezember 2025) den Antrag auf regelmäßige Sicherheitsberichterstattung abgelehnt hat. Besonders bemerkenswert: Auch der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde von CDU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich blockiert.

Die Fakten sprechen für sich:

Die Kriminalitätsbelastung in Zügen und an Bahnhöfen der Region ist seit 2021 kontinuierlich gestiegen. An Bahnhöfen verdoppelten sich die Delikte von 289 (2021) auf 612 (2024). In den Zügen stieg die Zahl von 134 (2021) auf 473 (2024) – eine Steigerung um das 3,5-Fache. Trotz dieser alarmierenden Zahlen weigert sich die Mehrheit der Verbandsversammlung, der Öffentlichkeit halbjährlich transparente Berichte zur Sicherheitslage zur Verfügung zu stellen.

Transparenz? Blockiert.

Die Forderung nach namentlicher Abstimmung sollte schlicht dokumentieren, wer sich für die Sicherheit unserer Fahrgäste einsetzt. Dass CDU, SPD, Grüne und Die Linke dies ablehnen, ist ein verstörendes Signal an die Bürgerinnen und Bürger dieser Region. Die Ablehnung der namentlichen Abstimmung ist kein formales Verfahrensargument – sie ist eine bewusste Entscheidung, Rechenschaft zu vermeiden.

Nur die AfD stimmt für Sicherheit:

Einzig die AfD-Fraktion unterstützte den Antrag und fordert damit pragmatisch das ein, was jeder Aufgabenträger des öffentlichen Verkehrs leisten sollte: transparente Information, klare Verantwortung, konkrete Maßnahmen.

Was die Partei dieBasis fordert:

Wir werden diesen Kampf nicht aufgeben. Wir werden die Verwaltung weiterhin zur

Veröffentlichung von Sicherheitsdaten verpflichten – notfalls über Informationsfreiheitsanfragen. Bei der nächsten Gelegenheit fordern wir erneut die namentliche Abstimmung. **Wer transparent regiert, hat nichts zu verbergen.**

An unsere Fahrgäste:

Sie sind nicht die Verantwortung von Verwaltungen, die sich hinter fehlenden Daten verstecken. Sie haben ein Recht auf Sicherheit – und auf die volle Wahrheit über die Zustände in Ihrem öffentlichen Nahverkehr.

Die Partei dieBasis wird nicht schweigen, wenn etablierte Parteien sich für Intransparenz entscheiden.

Kontakt:

presse@diebasis-braunschweig.de

www.diebasis-braunschweig.de

Braunschweig, 11. Dezember 2025

Antrag (dieBasis – fraktionslos)

Antrag auf regelmäßige Sicherheitsberichterstattung

<i>Unterstützt von:</i> Martin Fricke	<i>Eingereicht am:</i> 29.08.2025
--	--------------------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Ö / N</i>
<i>Beratungsfolge</i>	<i>Ö / N</i>
Verbandsversammlung (Entscheidung)	Ö

Beschlussvorschlag

Der Regionalverband Großraum Braunschweig möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird verpflichtet, die Sicherheitsstatistik zu Vorfällen im Bereich des ÖPNV (inklusive Bus- und Bahnstrecken, Bahnhöfe und Bushaltestellen) mindestens halbjährlich zu veröffentlichen und dem zuständigen Ausschuss sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
2. Mit jeder Statistik legt die Verwaltung dar, welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage und Prävention umgesetzt wurden, derzeit laufen sowie für das kommende Berichtsintervall geplant sind (z.B. Einsatz von Zugbegleitern, bauliche Verbesserungen, Kooperationen mit Polizei und Sicherheitsdiensten, präventive Aktionen).
3. Die Öffentlichkeit und die politischen Gremien erhalten damit dauerhaft Einblick in die Entwicklung der Sicherheitslage und in die Effizienz der eingesetzten Maßnahmen.
4. Der Ausschuss für Regionalverkehr prüft die Berichte jährlich und berät über ggf. erforderliche Anpassungen der Präventionsstrategie.

Sachverhalt

Die zuletzt erstellten Statistiken zur Sicherheitslage in den Verkehrseinrichtungen des Regionalverbands Großraum Braunschweig zeigen ein steigendes Risiko für Gewaltdelikte und andere Straftaten, insbesondere in Regionalzügen und auf Bahnhöfen. Wiederholt wurde die Verantwortung für die statistische Erfassung und Bewertung auf die Bundespolizei verwiesen, sodass Befunde nur auf Nachfrage vorliegen. Der Verband trägt jedoch Verantwortung für die Verkehrssicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Eine proaktive, regelmäßige Veröffentlichung der Sicherheitslage sowie der jeweils umgesetzten und geplanten Präventionsmaßnahmen ist daher geboten, um Transparenz herzustellen und nachhaltige Verbesserungen sichtbar zu machen.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine